

# DEUTSCHE POLITIK

## Der Parlamentarier Adolf von Thadden

Für den Sechsten Deutschen Bundestag wird mit größter Wahrscheinlichkeit der jüngste Abgeordnete des Ersten Bundestages kandidieren: *Adolf von Thadden*, zur Zeit Mitglied des niedersächsischen Landtages und Bundesvorsitzender der NPD. Bereits vor mehr als 18 Jahren stellte der damals 29jährige von Thadden als Abgeordneter der „Nationalen Rechten“ und dann als fraktionsloser Abgeordneter der „Deutschen Reichspartei“ seine rechtsextreme, ja neonazistische Gesinnung wiederholt unter Beweis. Er fand in der 98. Sitzung des Ersten Bundestages am 8. November 1950 recht kernige Worte gegen den Pazifismus, die durchaus dem Wörterbuch des Dritten Reiches entnommen sein konnten:

„Das ganze pazifistische Gequackele gewisser deutscher Parteien und deren Schwesterparteien im Ausland über das Recht der Kriegschentstverweigerung müßte schlagartig verschwinden.“

Nur so könnte — wie von Thadden meinte — die deutsche Verteidigungskraft garantiert sein.

Immer wieder entdeckt man in seinen Bundestagsreden "Verharmlosungen und Beschönigungen der Zeit von 1933 bis 1945. Er stellte die Behauptung auf, der NS-Außenminister *Joachim von Ribbentrop* sei wegen Vertragsbruch verurteilt worden — so als habe Ribbentrop „nur“ Vertragsbruch begangen und nicht dazu beigetragen, den Zweiten Weltkrieg vom Zaun zu brechen:

„Wenn wir an die heutige Debatte denken, möchten wir die Bundesregierung und den Kanzler insbesondere daran erinnern, daß in Nürnberg einmal ein Außenminister zum Tode verurteilt wurde, weil er Verträge brach.“ (8. November 1950).

Noch gefährlicher waren von Thaddens geschichtsklitternde Betrachtungen über den Arbeitschenst, wobei er den elementaren Gegensatz zwischen dem freiwilligen Arbeitschenst in der Weimarer Zeit und dem erzwungenen Arbeitschenst als einer paramilitärischen Organisation im Dritten Reich leugnete:

„Wir sind der Meinung, daß der Reichsarbeitschenst nicht so betrachtet werden kann, wie das hier in den bisherigen Ausführungen zum Ausdruck kam. Er war keine Einrichtung der NSDAP.“ (Lachen links und bei der CDU).

„Einen Augenblick, ich werde Sie sofort widerlegen! Bereits im Jahre 1931 wurde der Arbeitschenst mit einem Staatskommissar für den Arbeitschenst in eine staatliche Regie

übernommen. Das System wurde lediglich später etwas verändert.“ (84. Sitzung, 13. September 1950).

Geleugnet wurde auch die Tatsache, daß es *Adolf Hitler* erst durch seinen Überfall auf die Sowjetunion dieser ermöglicht hatte, bis an die Elbe vorzudringen und daß Hitler somit die Grundlage für den Ost-West-Konflikt geschaffen hat. Anknüpfend an eine wohl nicht ganz glückliche Formulierung des damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher von der Mitschuld der Alliierten am Zweiten Weltkrieg und von ihrer Mitschuld an der Bedrohung der Demokratie durch die Politik der Sowjetunion, erklärte Adolf von Thadden:

„Ich möchte dies dahingehend ergänzen, daß die heutige Position Sowjetrußlands nur deswegen existiert, weil es eine alliierte Alleinschuld an diesen Dingen gibt.“ (98. Sitzung, 8. November 1950).

Ein primitiver, undifferenzierter (wenn auch sehr verständlicher) Antibolschewismus war zwar im Ersten Bundestag bei allen Parteien, außer der KPD, weitverbreitet. Zusätzlich versuchte von Thadden aber, die deutsche Invasion in die Sowjetunion als antikommunistischen Kreuzzug hochzustilisieren und die Haltung des Dritten Reiches gegenüber der Sowjetunion als Modell für die fünfziger Jahre zu empfehlen:

„*Der deutsche Frontsoldat im letzten Krieg hatte eine Ideologie, eine höchst einfache. Es war nicht die der Verteidigung des Nationalsozialismus. Der Rußlandsoldat dachte viel einfacher und viel wahrer, ind. em er sich bis Stalingrad sagte: der Bolschewismus ist böseartig, und deshalb muß er ausgerottet werden. Ab Stalingrad sagte er sich: weil wir wissen, wie böseartig der Bolschewismus ist, deshalb müssen wir ihn von Deutschland fernhalten. Seien Sie sicher: Wenn er diese Ideologie nicht gehabt hätte, wäre der Russe wahrscheinlich nicht in Thüringen, sondern etwas weiter. . . Wir Deutsche haben keinerlei Veranlassung, uns vom Westen Vorhaltungen machen zu lassen, wir seien nicht genug antibolschewistisch. Wir haben immer unsere Haltung gegenüber dem Osten, ob dieser bolschewistisch oder zaristisch war, vertreten, und wir haben nicht nur uns, nicht nur nationale Dinge verteidigt, sondern europäische Dinge schlechthin verteidigt. Denn wir sind keine Banditen und Mörder gewesen, sondern wir haben uns für Freiheiten eingesetzt, für deren Verteidigung die ganze Welt sich jetzt rüsten muß*“ (98. Sitzung).

Das sind die üblichen Schlagworte der verschleierte Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter Hitler wurde Europa gegen den Bolschewismus verteidigt, und Hitler hat mit seiner Waffen-SS bereits das Modell für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft geschaffen. Solche Behauptungen werden ständig von der

NPD aufgestellt. So hieß es in den Musterreden von 1966:

„Die deutschen Männer standen an der Front und kämpften unter Einsatz ihres Lebens gegen die roten Armeen und ihre westlichen Helfershelfer.“

Das als Lose-Blatt-Sammlung erscheinende „Politische Lexikon“ der NPD (K. W. Schütz Verlag) schreibt etwa zum Thema „Antikominternpakt“:

„Hier begann sich im Rahmen des Antikominternpaktes die Möglichkeit einer europäischen Konföderation unter deutscher Führung abzuzeichnen, die in den Freiwilligen-Verbänden fast aller europäischen Staaten, die auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften, sichtbare und wirksame Gestalt annahm.“

Im Herbst 1966 erschien in vielen Zeitungen ein Bild, das mit Recht Empörung auslöste: Führende Nationaldemokraten legten Kränze an den Gräbern der zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher in Landsberg nieder. Dieser Vorgang hatte eine frühe Parallele in dem Antrag des Abgeordneten von Thadden vom 14. Februar 1951 auf Vertagung der Sitzung des Bundestages als Protest gegen die geplante Hinrichtung von Landsberger Häftlingen. Immer wieder stellte sich von Thadden im Bundestag vor alte und unverbesserliche Nazis:

„So am 14. Dezember 1950 vor *Wolfgang Hedler*, der wegen Verunglimpfung von Widerstandskämpfern von der Ersten Strafkammer des Landgerichtes Kiel zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und aus der „Deutschen Partei“ ausgeschlossen worden war. (Hedler trat dann von Thaddens „Deutscher Reichspartei“ bei.) Am 25. Februar 1953 setzte sich von Thadden in der Fragestunde des Deutschen Bundestages nachdrücklich für den früheren Goebbels-Staatssekretär Dr. *Werner Naumann* ein, der bürgerliche Parteien neonazistisch unterwandern wollte und dann im Sommer 1953 Spitzenkandidat der „Deutschen Reichspartei“ wurde.

Einer nazistischen Tradition entsprach auch die pauschale Diffamierung der Gewerkschaften durch Adolf von Thadden. Hierbei sollte gleichzeitig der demokratische Staat, in dem die Gewerkschaften wirksam werden können, geschmäht werden:

„*Meine Damen und Herren! Nachdem im Jahre 194? ein autoritäres System zu Ende ging, bildete sich das Volk ein, nun selbst auf die Neugestaltung seines Lebens noch einen Einfluß ausüben zu können. Diese Hoffnung hat sich inzwischen als trägerisch erwiesen, und zwar erstens infolge der laufenden Eingriffe der Besatzungsmacht und zweitens durch die Verfassung, die wir haben. An die Stelle eines autoritären Staates trat ein Nachtwächterstaat.*

*Diese Situation hat der Gewerkschaftsbund mit sicherem Blick erkannt und hat nunmehr zum Frontalangriff gegen diesen Staat angesetzt. Millionen von zahlenden Gewerkschaftsmitgliedern sind die Grundlage für einen Angriff der Funktionäre auf den Staat schlechthin. Worum geht es? Um die Mitbestimmung des Arbeiters im Betrieb? Geht es darum, daß der Arbeiter mehr Geld, bessere Arbeitsverhältnisse bekommt? Nein, es geht darum, daß einige von der Gewerkschaftsspitze zu nominierende Funktionäre in Direktionsstellungen hineingebracht werden sollen. Diese Gewerkschaften sind im Augenblick nichts anderes als der undemokratisch verlängerte Arm der SPD, der überall dort in Aktion tritt, wo der demokratische Arm im Parlament nicht mehr weiterkommt.“ (117. Sitzung, 14. 2. 1951).*

Es ist verblüffend, wie diese Gedanken, die der kaum 30jährige von Thadden damals äußerte, denen des NPD-Programms von 1967 ähneln:

„Die Ausübung der Mitbestimmung hat nicht durch betriebsfremde Funktionäre, sondern ausschließlich durch Arbeitnehmer der Betriebe zu erfolgen . . . Unternehmerverbände und Gewerkschaften dürfen keine wirtschaftliche Macht ausüben, außerhalb der Parlamente Einfluß auf die Staatspolitik nehmen oder selbst als Unternehmer tätig werden.“ (Programm der NPD, Kap. IX, Ziff. 5 und 14). Man denke bei der Kampfansage von Thaddens an die Gewerkschaften auch an die Lobeshymnen des „Politischen Lexikons“ der NPD auf die spanischen Pseudogewerkschaften:

„Auch in Spanien machen sich Tendenzen bemerkbar, die Syndikatsorganisationen, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorisch vereint sind, in sogenannte ‚echte‘ Gewerkschaften umzuwandeln. Man will zu den klassenkämpferischen und geldentwertenden Tarifstreitigkeiten zurückkehren, ohne die sich das marxistische Programm nicht vorantreiben läßt. Man sprach dort in diesem Zusammenhang kennzeichnenderweise von dem ‚lähmenden Geist einer Zwangssehe mit den Arbeitgebern‘. Das Rad der Geschichte soll gewaltsam zurückgedreht werden ...“

Von Thadden hätte bei seiner Attacke gegen die Gewerkschaften auch folgenden Satz aus dem NPD-Lexikon unterschreiben können:

„1933 wurden die Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus im Kampf gegen das marxistische Klassendenken aufgelöst“ (Stichwort „Gewerkschaften“).

Von Thadden sprach sich im Ersten Bundestag ebenso für eine korporativ zusammengesetzte Zweite Kammer aus: „Wir haben immer eine korporativ zusammengesetzte Zweite Kammer verlangt.“ (117. Sitzung).

Die Forderung nach einer ständischen Kammer spielte bei den Rechtsextremisten nach 1945 eine große Rolle sowohl bei der „Sozialistischen Reichspartei“ als auch etwa beim „Deutschen Block“. Die Absicht der Rechtsradikalen, durch eine zweite korporative Kammer das demokratisch-parlamentarische Prinzip auszuhöhlen, ist evident.

Von Thadden zeigte offene Sympathien für die „einsamen Beschlüsse“ des damaligen Bundeskanzlers *Adenauer*. Nun brauchen Sympathien für Adenauer ganz bestimmt noch nicht negativ bewertet zu werden. Zu den Bewunderern des ersten Bundeskanzlers zählten auch Demokraten. Kritisch wurde es aber, als im Zusammenhang mit einem Hinweis auf Adenauers Regierungsweise ein Präsidialregime gefordert wurde:

„Der Kanzler hat die bekannte Neigung, möglichst viel allein zu machen. An sich begrüßen wir eine Präsidial-Demokratie durchaus. Wir haben sie aber leider noch nicht.“ (87. Sitzung).

Von Thadden hatte damit das NPD-Programm von 1967 antizipiert: „Der Bundespräsident ist vom Volk selbst zu wählen. Seine Rechte sind zu stärken. Er verkörpert Volk und Staat.“ (NPD-Programm Kap. I, Ziff. 6).

Von Thadden hatte außerdem im Herbst 1950 schon Gedankengänge von Prof. *Ernst Anrieh* vorweggenommen, die dieser auf dem NPD-Parteitag von 1966 in Karlsruhe äußerte: Nach Anrieh soll es dem direkt „durch das Volk“ gewählten Bundespräsidenten zustehen, aus der „Legitimierung durch das Volk dann der Ganzheit Handlungsfähigkeit zu geben, wenn unklare Mehrheitsverhältnisse oder sonstige bestimmte Situationen dem Parlament ein Handeln nicht ermöglichen.“

Nationalsozialistischen Gepflogenheiten entsprach der rüde Stil, in dem von Thadden ältere Bundestagsabgeordnete anpöbelte. Zu dem betagten CDU/CSU-Abgeordneten Prof. *Laforet* äußerte er:

„Meine Damen und Herren, bei der Rede, die Herr Kollege Laforet vorhin gehalten hat, hatte ich den Eindruck, hier halte ein emeritierter Professor seine Abschiedsrede. Das Tremolo war entsprechend, aber auch die Gedankengänge waren emeritiert.“ (152. Sitzung).

Man sieht: Adolf von Thadden war das neonazistische Häkchen, das sich beizeiten krümmte. Für viele seiner rechtsextremistischen Ansichten, die er im Ersten Bundestag geäußert hatte, fand er später in der neonazistischen NPD eine breitere Plattform. Mag es auch schlimm genug sein, daß Adolf von Thadden dem niedersächsischen Landtag angehört (1955/1959 und seit 1967), so bewahre uns doch der Himmel — neben den Anstrengungen aller redlichen Demokraten — vor einem Abgeordneten Adolf von Thadden im Sechsten Bundestag! *Giselher Schmidt*